

1848 Unterschriften übergeben



Die Köpfe vom Zukunftsforum Natur & Umwelt Ortenau“ und der „Bürgerinitiative zum Erhalt des Diersheimer Rheinauenwaldes“, Gabriele Stephan, Joachim Thomas und Karin Bäuerle, haben Unterschriften zum Erhalt des Rheinwaldes gesammelt und wollen mit einem Bürgerentscheid die geplante Kieswerkserweiterung verhindern. Sie übergaben dem Rheinauer Hauptamtsleiter die Unterschriften und stellten formal den Antrag auf einen Bürgerentscheid.

Foto: Karen Christeleit

Rheinau-Diersheim/Freistett. Nachdem sowohl der Diersheimer Ortschaftsrat als auch der Rheinauer Gemeinderat der Erweiterung des Diersheimer Kiesel-sees zugestimmt hatten, wollen nun die Rheinauer Umweltschützer, die schon seit Jahren gegen den weiteren Kiesabbau im Rheinauenwald aufmucken, das Vorhaben mit einem Bürgerentscheid stoppen.

Von Tür zu Tür

Ende Mai starteten Joachim Thomas, Karin Bäuerle und Gabriele Stephan, die Köpfe vom „Zukunftsforum Natur & Umwelt Ortenau“ und der „Bürgerinitiative zum Erhalt des Diersheimer Rheinauenwaldes“, die Unterschriften-aktion. „Wir wollten in allen Ortschaften von Tür zu Tür gehen, das haben wir nicht ganz geschafft. Aber unser Ziel, die notwendigen 614 Unterschriften von wahlberechtigten Rheinauern für die Einreichung des Bürgerbegehrens zu sammeln, haben wir mit 1848 Unterschriften weit übertroffen“, erklärte Thomas, der in Honau und Helmlingen an rund 600 Haustüren geklingelt hat. „Bei meinen Touren haben nur vier nicht unterschreiben wollen.“

Die zehn ehrenamtlichen Helfer sind nicht nur von Haus zu Haus gegangen, sondern hatten auch Unterschriftenlisten in Geschäften und Praxen hinterlegt und sowohl auf dem Marktplatz Freistett als auch direkt vor Ort im Wald für ihre Sache geworben. „An dem Tag war es sehr heiß und Menschen, die uns im Wald besuchten, erlebten einen richtigen Aha-Effekt, denn im Wald war es deutlich kühler als auf offener Feldflur“, so Thomas, der immer wieder betonte, „wie wichtig der Wald für das Klima und ökologische Artenvielfalt ist.“

„Aber wir hatten auch viele Multiplikatoren, denen wir sehr dankbar sind,“ sagte Bäuerle, „sie haben leere Listen geholt, selbst Unterschriften gesammelt und die vollen Listen wieder in den Briefkasten geworfen.“

Die Befürworter seien keine einheitliche Gruppe, sondern quer durch alle Altersschichten und Ortschaften vertreten und auffallend viele Familien mit Kindern, so Joachim Thomas. „Auch Freistett war sehr gut vertreten, insbesondere, nachdem am Petersee die erste Fläche für die dortige Erweiterung gerodet worden war“, wusste Thomas, „die allgemeine Zustimmung hat uns sehr zuversichtlich gemacht.“

Gut gefüllte Liste

Bis zum 15. Juli wurden aktiv Unterschriften gesammelt und dann um einen Termin zur Übergabe auf dem Rathaus nachgefragt. Die drei Vertrauenspersonen übergaben nun die gut gefüllte Unterschriftenliste Hauptamtsleiter Thomas Bantel und stellten formal den Antrag auf einen Bürgerbescheid. Nun sind die Verwaltung wie der Gemeinderat am Zug. Thomas Bantel betonte, dass ein Bürgerentscheid ein legitimes demokratisches Mittel sei, das den Bürgern ermögliche, über bestimmte Angelegenheiten der Gemeinde direkt abzustimmen.

„Wir werden zunächst die Unterschriften mit dem Wählerverzeichnis abgleichen und innerhalb der Zweimonatsfrist muss der Gemeinderat über die Zulässigkeit des Bürgerentscheids entscheiden“, erklärte Bantel das weitere Prozedere. „Ist es zulässig, müsste innerhalb von vier Monaten ein Bürgerentscheid durchgeführt werden.“

Hier hat die Bürgerinitiative aber signalisiert, dass sie einer Fristverlängerung und einer Abstimmung zusammen mit der Landtagswahl im März zustimmen würden. „Wir kämpfen nun schon fünf Jahre um den Rheinwald, da haben wir jetzt keinen Zeitdruck“, erklärte Stephan, „wenn der Bürgerentscheid zusammen mit der Landtagswahl durchgeführt werden kann, spart das der Stadt Zeit und Geld, das können wir nur unterstützen.“

Zweiter Entscheid

Wenn mindestens 20 Prozent – rund 1800 – der Wahlberechtigten zur Wahl gehen und mit einfacher Mehrheit die bereits festgelegte Frage „Sind Sie dagegen, dass die Stadt Rheinau in Diersheim Flächen des Rheinwaldes verpachtet, die zum Zwecke des Abbaus von Kies und Sand gerodet werden?“ mit „Ja“ abstimmen und sofern diese Mehrheit mindestens 20 Prozent aller Stimmberechtigten beträgt, wird der vom Gemeinderat gefasste Beschluss gekippt. Das Ergebnis des Bürgerentscheides ersetzt dann den Gemeinderatsbeschluss.

Es wäre der zweite Bürger-entscheid in der Stadt Rheinau. Den ersten – über die Entkaltungsanlage der Wasseraufbereitung – beantragte der Gemeinderat selbst.

Bürgerbegehren in Rheinau soll Kieswerkerweiterung stoppen

Das Zukunftsforum Natur & Umwelt Ortenau und die Bürgerinitiative zum Erhalt des Diersheimer Rheinauenwaldes stellten den Antrag auf einen Bürgerbegehren. Sie wollen die Abholzung des Rheinauenwaldes zugunsten des Kiesabbaus verhindern.

von Karen Christeleit
23. Aug 2025 | 05:30 Uhr

3 Minuten



[Rechte am Artikel erwerben](#)



Die Köpfe vom Zukunftsforum Natur & Umwelt Ortenau und der „Bürgerinitiative zum Erhalt des Diersheimer Rheinauenwaldes Gabriele Stephan, Joachim Thomas und Karin Bäuerle (von links) haben Unterschriften zum Erhalt des Rheinwaldes gesammelt und wollen mit einem Bürgerbegehren die geplante Kieswerkerweiterung verhindern.
Foto: Karen Christeleit

Nachdem sowohl der Diersheimer Ortschaftsrat als auch der Rheinauer Gemeinderat der Erweiterung des Diersheimer Kieselbades zugestimmt hatten, wollen nun die Rheinauer Umweltschützer das Vorhaben mit einem Bürgerbegehren stoppen.

Ende Mai starteten Joachim Thomas, Karin Bäuerle und Gabriele Stephan, die Köpfe des Zukunftsforums Natur & Umwelt Ortenau und der Bürgerinitiative zum Erhalt des Diersheimer Rheinauenwaldes die Unterschriftenaktion. „Wir wollten in allen Ortschaften von Tür zu Tür zu gehen, das haben wir nicht ganz geschafft. Aber unser Ziel, die notwendigen 614 Unterschriften von wahlberechtigten Rheinauern für die Einreichung des Bürgerbegehrens zu sammeln, haben wir mit 1.848 Unterschriften weit übertroffen“, erklärte Thomas. In Honau und Helmlingen klingelte er an rund 600 Haustüren.

Das könnte Sie auch interessieren

Ehrenamtliche sammeln Unterschriften zum Erhalt des Waldes

„Bei meinen Touren haben nur vier nicht unterschreiben wollen.“ Die zehn ehrenamtlichen Helfer sind nicht nur von Haus zu Haus gegangen, sondern hatten auch Unterschriftenlisten in Geschäften und Praxen hinterlegt und sowohl auf dem Marktplatz Freistett als auch direkt vor Ort im Wald für Ihre Sache geworben. „An dem Tag war es sehr heiß und Menschen, die uns im Wald besuchten, erlebten einen richtigen Aha-Effekt, denn im Wald war es deutlich kühler als auf offener Feldflur“, so Thomas. Immer wieder betonte er, „wie wichtig der Wald für das Klima und ökologische Artenvielfalt ist“.

Mehr zum Thema



Kiesabbau im Fokus

Kampf gegen die Abholzung des Diersheimer Rheinauenwalds geht in die heiße Phase

von Katrin König-Derki



Nach langen Verhandlungen

Größere Fläche für den Kiesabbau: Bäume am Freistetter Petersee sind gefällt

von Stefanie Prinz



kicker

Bürgerinitiative stellt sich gegen den Kiesabbau in Rheinau-Diersheim

„Aber wir hatten auch viele Multiplikatoren, denen wir sehr dankbar sind“, sagte Bäuerle. „Sie haben leere Listen geholt, selbst Unterschriften gesammelt und die vollen Listen wieder in den Briefkasten geworfen. Von Woche zu Woche wurden es mehr Unterschriften. In der ersten Woche sammelten wir 210, in der zweiten 470, wie bei einem Schneeballsystem.“ Sie berichtete von guten Gesprächen auf den Gassi-Strecken und von Leuten, die direkt auf sie zugekommen seien, um auch unterschreiben zu können. „Es war ein großer Aufwand, aber einer, der sich gelohnt hat“, betonte Thomas. „Es war gar nicht schwer, die Leute von unserem Anliegen zu überzeugen.“ Die Befürworter seien keine einheitliche Gruppe, sondern quer durch alle Altersschichten und Ortschaften vertreten und auffallend viele Familien mit Kindern. „Auch Freistett war sehr gut vertreten, insbesondere nachdem am Petersee die erste Fläche für die dortige Erweiterung gerodet worden war“, so Thomas. „Die allgemeine Zustimmung hat uns sehr zuversichtlich gemacht.“

Bis zum 15. Juli wurden aktiv Unterschriften gesammelt und dann um einen Termin zur Übergabe im Rathaus nachgefragt. Die drei Vertrauenspersonen übergaben nun die gut gefüllte Unterschriftenliste Hauptamtsleiter Thomas Bantel und stellten formal den Antrag auf ein Bürgerbegehren.

Gemeinderat prüft Bürgerbegehren innerhalb von zwei Monaten

Nun sind die Verwaltung wie der Gemeinderat am Zug. Bantel betonte, dass das Bürgerbegehren ein legitimes demokratisches Mittel sei, das den Bürgern ermögliche, über bestimmte Angelegenheiten der Gemeinde direkt abzustimmen. „Wir werden zunächst die Unterschriften mit dem Wählerverzeichnis abgleichen und innerhalb der Zweimonatsfrist muss der Gemeinderat über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens entscheiden“, erklärte Bantel das weitere Prozedere.

„Ist es zulässig, müsste innerhalb von vier Monaten ein Bürgerentscheid durchgeführt werden.“ Hier hat die Bürgerinitiative aber signalisiert, dass sie einer Fristverlängerung und einer Abstimmung zusammen mit der Landtagswahl im März zustimmen würden. „Wir kämpfen nun schon fünf Jahre um den Rheinwald, da haben wir jetzt keinen Zeitdruck“, erklärte Stephan. „Wenn der Bürgerentscheid zusammen mit der Landtagswahl durchgeführt werden kann, spart das der Stadt Zeit und Geld, das können wir nur unterstützen.“

Bürgerentscheid kann Rodung des Rheinwaldes stoppen

Letztlich werden also wohl die Bürger es selbst in der Hand haben, ob der Rheinauenwald dem Kies geopfert werden soll oder nicht. Wenn mindestens 20 Prozent – rund 1.800 – der Wahlberechtigten zur Wahl gehen und mit einfacher Mehrheit die bereits festgelegte Frage „Sind sie dagegen, dass die Stadt Rheinau in Diersheim Flächen des Rheinwaldes verpachtet, die zum Zwecke des Abbaus von Kies und Sand gerodet werden?“ mit „Ja“ abstimmen und sofern diese Mehrheit mindestens 20 Prozent aller Stimmberechtigten beträgt, wird der vom Gemeinderat gefasste Beschluss gekippt. Das Ergebnis des Bürgerentscheides ersetzt dann den Gemeinderatsbeschluss.

Es wäre das zweite Bürgerbegehren in der Stadt Rheinau. Das erste über die Entkalkungsanlage der Wasseraufbereitung beantragte der Gemeinderat selbst.